

„Aufweichen der Agendapolitik wäre gefährlich“

DIW-Chef Zimmermann: SPD muss offensiver Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik vertreten

Von Jens Peter Dohmes

OSNABRÜCK. Eine positive Bilanz der Agenda 2010 zieht der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Klaus Zimmermann, im Interview mit unserer Zeitung.

Herr Professor Zimmermann, am Freitag jährt sich die Ankündigung der Agenda 2010 durch den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder zum fünften Mal. Wie sieht Ihre Bilanz der Reformen aus?

Insgesamt sieht meine Bilanz sehr positiv aus. Das war ein kritischer, sehr unpopulärer, aber notwendiger Schritt, der ein zentrales Ziel hatte: in der Wirtschaft- und Sozialpolitik arbeitsmarktpolitische Reformen einzuleiten, die die Leute in Beschäftigung bringen. Wir sehen nun, dass die Bereitschaft von Arbeitslosen, Arbeit anzunehmen, deutlich gestiegen ist. Und wir stellen fest, dass die Risikogruppen – Ältere, Ungelernte und Dauerarbeitslose – im Zuge des momentanen Aufschwungs in erstaunlichem Maße Jobs bekommen. Das ist sehr erfreulich und ermutigend.

Dieser Prozess muss fortgesetzt werden.

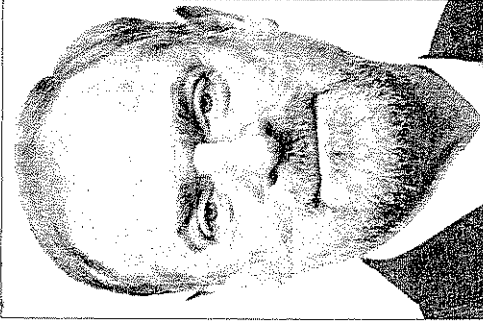
Was für ein Signal ist es, wenn jetzt – vor allem in der SPD, aber auch in der CDU – über ein Aufweichen der Reformen diskutiert wird oder einzelne Maßnahmen sogar wieder zurückgenommen werden?

Da schüttet man das Kind mit dem Bade aus, das ist sehr gefährlich. Das Prinzip ist doch, dass gefördert, aber auch gefordert werden soll. Der Aspekt der Forderung wird aber etwa durch die Verlängerung der Bezugszeiten beim Arbeitslosengeld wieder abgeschwächt. Das ist ein sehr gefährliches Signal – insbesondere, weil es in Zeiten voller Kassen ausgesprochen wird, die man dazu nutzen sollte, die Leute in Beschäftigung zu bringen. Wenn die Kassen jetzt durch diese Politik geleert werden, bedeutet dies, dass bei der nächsten Krise Beitragserhöhungen erforderlich werden – die wieder Arbeitsplätze kosten. Die Kritiker der Agenda 2010 spielen mit den Erfolgen an der Beschäftigungsfront. Das wird gerade die Klientel, für die sie eintreten wollen, in einigen Jahren schmerzhaft zu spüren bekommen.

Das Interview im Wortlaut

Nun wird die Linkspartei, die die Agendapolitik kategorisch ablehnt, immer mehr hoffähig. Welche Gefahren sehen Sie, wenn die Linkspartei verstärkt in politische Verantwortung kommt?

Wirtschafts- und Sozialpolitik schwankt immer zwischen den Polen, auf der einen Seite Wohltaten zu verteilen und andererseits nach einem möglichst effizienten Einsatz der Kräfte in einer Volkswirtschaft zu streben. Da rutscht das Parteiensystem immer hin und her, denn natürlich ist das Verteilen von Wohltaten schöner. Wenn die Krise zu groß wird, greift man ein und reformiert. Aber sobald es wieder besser läuft, kommt es erneut zu Umverteilungsdiskussionen. Dagegen, dass sich eine politische Gruppierung wie die Linkspartei für Umverteilung einsetzt, ist erst einmal nichts einzuwenden. Aber es müssen Parteien da sein, die die andere Position beziehen. Die SPD begehrt den verhängnisvollen Fehler, sich von ihren eigenen Erfolgen zu distanzieren. Sie macht das Lager der Reformkritiker höher



Prof. Dr. Klaus Zimmermann

fähig, verliert dabei aber die Wähler, die man von den Sachzwängen und auch den Erfolgen der Reform überzeugen kann. Die Sozialdemokraten müssten viel offener ihre Erfolge in der Reformpolitik vertreten.

Deutschland ist von einer Streikwelle erfasst. Wie wirkt sich dies auf die wirtschaftliche Entwicklung aus?

Ich glaube nicht, dass diese kleine Welle ein Signal ist für den Einstieg in eine Streikgesellschaft, eine Hinwendung zu „italienischen Verhältnissen“. Die Bürger sind schon zu

abgebrüht und die Gewerkschaften auch nicht stark genug, dass Deutschland wirtschaftlich erschüttert werden könnte. Das sollte uns nicht weiter beunruhigen. Zum ersten Mal seit langem ist aber die wirtschaftliche Gesamtlage so hinreichend besser, dass Streiks als Mittel der Tarifauseinandersetzung wieder vertretbar sind – auch wenn dies aus meiner Sicht falsch ist.

In der Gesellschaft gibt es eine relativ große Akzeptanz für die Streiks. Und das ist doch auch verständlich, wenn man sieht, dass die Reallohne in den vergangenen Jahren gesunken sind...

Es ist verständlich, dass die Branchen, die die jetzige wirtschaftliche Erholung tragen, auch zu besseren Abschlüssen kommen. Aber es geht ja den Streikenden häufig um die Einzelinteressen – beispielsweise bei den Lokführern, den Ärzten oder den Fluglotsen. Da verlassen einzelne Gruppen die gewerkschaftliche Solidarität; um die Schutzinteressen von Benachteiligten und Schwachen geht es nicht mehr. Für den Streik von ver.di habe ich wenig Verständnis. Der öffentliche Dienst gehört doch ge-

rade nicht zu den Branchen, die den momentanen Aufschwung tragen. Er kann sich nicht an die Spitze einer Lohnsteigerung setzen, wie das vielleicht in früheren Jahrzehnten da und dort mal der Fall war, schon weil es in Zeiten knapper öffentlicher Kassen wenig zu holen gibt. Da muss man die Streiks notfalls einfach aussitzen, das ist das, was ich den öffentlichen Arbeitgebern rate.

Es gibt verstärkte Forderungen nach Steuersenkungen. Glauben Sie, dass es Zeit für eine große Steuerreform ist?

Nein, das denke ich nicht. Wir haben in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern so groß nicht mehr ist. Wir brauchen als Staat ja auch das Geld, um Forschung, Bildung und Infrastruktur zu finanzieren. Da sehe ich weder in den oberen noch in den unteren Einkommensgruppen Spielräume, die Steuern zu senken. Wir müssen aber an einer anderen Schraube drehen und die Belastungen durch Abgaben weiter senken. Die Lohnnebenkosten müssen sinken, damit mehr netto bei den Leuten ankommt.